



Junisession 2018: Sessionsrückblick

Finanzen – Sprache – PUK – Gemeindefusion

von Hans Geisseler*

Start unter speziellen Vorzeichen

Kaum 24 Stunden nach der Bekanntgabe der Resultate der Regierungs- und Grossratswahlen eröffnete am Montag, den 11. Juni 2018 Landespräsident Martin Aebli (BDP) die Junisession, die doch etwas unter speziellen Vorzeichen stand. Einerseits fehlte der CVP-Fraktionspräsident Marcus Caduff, da er am Vortag mit sehr gutem Resultat zusammen mit unserem bisherigen Regierungsrat Mario Cavigelli in die Regierung gewählt wurde, andererseits erlebte eine Handvoll Grossratsmitgliedern am Vortag die Nichtwiederwahl; die Junisession wurde für diese Grossrätinnen und Grossräte somit zur ungeplanten Abschluss-session. Zudem wurde aufgrund der angesetzten Nachzählung bei den Regierungsratswahlen die Wahl des Regierungspräsidenten und des Vizepräsidenten für das Jahr 2018 kurzerhand von der Traktandenliste gestrichen und auf die Augustsession verschoben.

Sachgeschäfte: Finanzen – Sprache – PUK – Gemeindefusion

Als erstes Geschäft nach der Eröffnungsrede des Landespräsidenten stand die Erfolgskontrolle des regierungsrätlichen Jahresprogrammes 2017 auf der Traktandenliste. Der Grosse Rat hat nach kurzer Diskussion und einzelnen Fragestellungen die Erfolgskontrolle zur Kenntnis genommen.

Die Debatte zur Jahresrechnung 2017 als wichtiges Traktandum beanspruchte nicht überaus viel Zeit. Dank einmaligen Sondereinnahmen (insbesondere durch Mehreinnahmen vom Bund und dem erfolgreichen Verkauf von EMS-Aktien) sowie strikter Einhaltung der Budgetvorgaben durch die Verwaltung konnte Regierungsrätin Barbara Janom Steiner einen ausgezeichneten Abschluss präsentieren und erntete dafür auch Lob aus dem Plenum. Anstatt des budgetierten Überschusses von knapp CHF 30 Millionen erzielten die Kantonsfinanzen – bei einem Gesamtaufwand und -ertrag von je CHF 2.4 Milliarden - einen Ertragsüberschuss von CHF 78.0 Millionen. Die Kantonsfinanzen weisen letztlich ein Nettovermögen von CHF 6'745 pro Einwohner aus, die Finanzlage unseres Kantons darf als sehr solide bezeichnet werden! Mit diesem Ergebnis wurden sieben der acht vom Grossen Rat festgelegten finanzpolitischen Richtwerte für die Periode 2017-2020 eingehalten. Richtwert Nr. 3, der verlangt, dass die Staatsquote stabil gehalten und nach Möglichkeit zu senken sei, wurde nicht erfüllt. Die Gesamtausgaben des Finanzhaushaltes nahmen um 2.4 Prozent zu und in Verbindung mit dem kleineren Anstieg des Bündner BIP stieg die Staatsquote letztlich um 0.1 Prozentpunkte. Für die Regierung und den Grossen Rat wird es mittelfristig eine grosse Herausforderung bleiben, bei weiterhin steigenden Ausgaben den Bündner Finanzhaushalt ausgeglichen gestalten zu können.

Die Nettoinvestitionen des Kantons von insgesamt CHF 221.4 Millionen bewegten sich auf Rekordhöhe und übertrafen die Nettoinvestitionen vom Vorjahr um CHF 14.2 Millionen. Die Jahresrechnung wurde vom Grossen Rat mit 106:0 genehmigt.

Die Finanzdebatte wurde anschliessend durch die Sprachendebatte abgelöst. Diskutiert wurde die Initiative mit dem Wortlaut: *«Das Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden ist so abzuändern und auszugestalten, dass in der Primarschule für den Fremdsprachenunterricht im ganzen Kanton die Regel gilt: In der Primarschule ist nur eine Fremdsprache obligatorisch, je nach Sprachregion ist dies Deutsch oder Englisch.»* Wegen offensichtlichem Widerspruch zu übergeordnetem Recht beantragte die Regierung dem Grossen Rat, die Initiative für ungültig zu erklären. Der Grosse Rat folgte im April 2015 mit 82:34 Stimmen der Argumentation der Regierung. Nach dem Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden beschäftigte sich im Jahre 2016 das Bundesgericht mit den entsprechenden Beschwerden, was den Weg für die materielle Behandlung der Initiative ebnete.

Nach einer lebendigen Debatte wurde der Antrag von Andy Kollegger (BDP, Chur), die Vorlage für weitere Abklärungen an die Kommission zurückzuweisen, mit 78:37 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Kommissionsmehrheit, die Volksinitiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen, wurde mit 93 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen. Bei der Abstimmung zum Tragen kam vor allem die Meinung, mit dem heutige Modell 3/5 (Italienisch ab der 3. Klasse, Englisch ab der 5. Klasse) könnten die gestellten Ziele weitgehendst erreicht werden. Der Gegenvorschlag, dass die eine Fremdsprache eine Kantonssprache sein soll, wurde vom Rat nicht goutiert. Der Gegenvorschlag wurde mit 86:26 Stimmen abgelehnt. Das Volk wird in dieser Sachfrage das letzte Wort haben und an der Urne, bereits Ende September dieses Jahres, darüber entscheiden können.

Die Anzahl der Fernsehkameras im Ratssaal schnellte merklich in die Höhe, als die Einsetzung und die Wahl einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) für die Abklärungen der Rolle der kantonalen Verwaltung im Zusammenhang mit dem Baukartell debattiert wurde. Der Grosse Rat war sich nach sachlichen aber auch vorverurteilenden Voten einig und setzte erstmals in unserem Kanton eine Kommission für die Untersuchung möglicher Vorfälle in der Verwaltung ein. Die vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder Michael Pfäffli (FDP, St. Moritz, Präsident), Beatrice Baselgia (SP, Domat/Ems), Walter Grass (BDP, Urmein), Jan Koch (SVP, Landquart) und Livio Zanetti (CVP, Landquart), haben sich bereit erklärt, die anspruchsvolle und bedeutende Aufgabe zu übernehmen.

Die Gemeinden Hinterrhein, Nufenen und Splügen haben an den jeweiligen Gemeindeversammlungen mit einem Stimmenanteil von 81 Prozent die Fusion zur neuen Gemeinde Rheinwald beschlossen. Die Gemeindefusion wurde nach der Vorstellung des Geschäftes durch den Grossen Rat mit 112:0 Stimmen bestätigt. Die neue Gemeinde Rheinwald wird am 1.1.2019 aktiv und kann mit einem kantonalen Förderbeitrag von CHF 3'350'000 in die Zukunft starten.

Wichtiges und weniger Wichtiges

Wichtige Instrumente der Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind die Einreichung von Aufträgen und Anfragen. Auch an dieser Session wurden je acht Vorstösse und Anfragen aus allen Politbereichen diskutiert und verabschiedet.

Sehr interessant, wie die Sessionen des Grossen Rates regelmässig mit spannenden Anlässen angereichert werden. So reisten Regierungsmitglieder und der Grosse Rat am Montag nach Arbeitsschluss in die Bündner Herrschaft. Auf dem Weingut Davaz erzählte Grossrat Andreas Davaz mit viel Herzblut den Aufbau seines Betriebes. Bei seiner Führung konnte man die harte Arbeit erahnen, die in jeder der Weinflasche steckt. Der Genuss des einheimischen Weines während des gemeinsamen Aperitifs bestätigte die versprochene hohe Qualität der Produkte.

Am Dienstag referierten anlässlich des ARGE Alp Symposiums «Alpine Wasserkraft – Wirtschaftsmotor oder Auslaufmodell?» führende Vertreter aus der Politik, aus der Wirtschaft sowie aus Sicht von Naturschutzorganisationen. Die Referenten – mit dabei unser Regierungspräsident Mario Cavigelli - verstanden es ausgezeichnet, die Situationen im Land Tirol, in der Provinz Bozen-Südtirol und in Graubünden darzulegen und eine interessante Diskussion anzuzetteln. Im Rückblick muss festgehalten werden, dass der Bau und die Nutzung der Wasserkraft Investitionen, Arbeit und Verdienst, aber auch Abgaben und Steuergelder in die Täler der Alpen gebracht hat. In Graubünden geht man davon aus, dass

ca. 90 Prozent der Gewässer, die für die Nutzung zur Energieerzeugung wirtschaftlich sind, bereits gefasst sind, ein weiterer Ausbau nur mit allergrössten Hindernissen realisiert werden kann. Auch wenn die Wasserkraft zurzeit mit dem tiefen Marktpreis kämpft, der keine kostendeckende Erträge zulässt, das Fazit heisst: Die alpine Wasserkraft ist kein Auslaufmodell!

Zum Schluss: Es ist Schluss!

Etwas mehr als ein Drittel der Parlamentarierinnen und Parlamentarier durfte am letzten Mittwoch für das Foto der Abtretenden posieren, und mitten drin – nebst anderen CVP-Grossrätinnen und Grossräten – auch die beiden CVP alt-Standespräsidenten Vitus Dermont und der Schreibende. Eine interessante Zeit im Grossen Rat geht zu Ende. Eine intensive Zeit, die viel Engagement erforderte, gewinnen und verlieren - ähnlich wie im Sport – lagen jeweils nahe beieinander. Die Einsitznahme im Grossen Rat brachte die Möglichkeit, nebst dem Mitgestalten der Bündner Politik, interessante Menschen aus dem ganzen Kanton kennen und schätzen zu lernen, auch für die Zeit danach! Eine neue Generation wird jetzt die Geschicke des Parlamentes zu steuern wissen ganz nach dem leicht abgeänderten Zitat: »Neue Besen kehren gut! Aber die Alten wüssten, wo der Dreck liegt!« Wir gehen und schweigen! Die guten Erinnerungen, die bleiben! Herzlichen Dank für alles und auf Wiedersehen!

* zum Autor: Hans Geisseler, Untervaz ist alt-Grossrat und Präsident der AWG Graubünden. Seit 1994 vertrat alt-Standespräsident Hans Geisseler den Kreis Fünf Dörfer im Kantonsparlament.